



**Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!**

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 21. Jänner 2010

# Mini-Pensionserhöhung frisst Wohnbeihilfe auf!

Einstimmig beschloss der Grazer Gemeinderat am Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag der KPÖ, in dem eine Anpassung der Wohnbeihilfe gefordert wird. Anlass für diese Initiative waren konkrete Fälle, bei denen BezieherInnen kleiner Pensionen nach einer minimalen Erhöhung die Wohnbeihilfe gekürzt wurde. Stadträtin Elke Kahr: „Dieser einstimmige Beschluss ist ein positives Signal an den Landtag. Das ist die Ebene, auf der man jetzt im Sinne der Betroffenen tätig werden muss.“

Vor allem Bezieherinnen und Bezieher niederer Einkommen und Pensionen leiden besonders unter der allgemeinen Teuerung. Zu den stärksten Preistreibern zählen die Wohnungskosten, also Miete, Betriebs- und Heizungskosten. Hier

bietet die Wohnbeihilfe zumindest eine gewisse Linderung.

In zahlreichen Gesprächen, die Wohnungsstadträtin Elke Kahr bzw. die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der KPÖ mit Betroffenen ge-

führt haben, zeigte sich: Vor allem BezieherInnen von Mindestpensionen passiert es immer wieder, dass bereits bei einer geringen Pensionserhöhung (z. B. 30,- Euro) die Wohnbeihilfe im selben Ausmaß oder oft noch mehr reduziert wird, sodass diese Erhöhung durch die Reduktion der Wohnbeihilfe komplett aufgesaugt wird. Oft bleibt unterm Strich sogar noch weniger Pension als vor der Pensionserhöhung. Dieselbe Beobachtung mussten wir bei Löhnen und Gehältern von Niedrigver-

dienern machen: Wenige Euro mehr an Entlohnung werden durch eine entsprechende Senkung der Wohnbeihilfe sofort wieder wettgemacht. „Um hier entgegenzusteuern, wäre es dringend geboten, die Wohnbeihilfe zu valorisieren“.

## Rund um den Schlachthof stinkt es

KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann fordert in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag die Stadt Graz auf, umgehend Maßnahmen für eine Senkung der Geruchsbelästigung beim Schlachthof zu ergreifen.

Die KPÖ-Mandatarin: „Die BewohnerInnen der Umgebung des Grazer Schlachthofes insbesondere in der Herrgottswiesgasse beklagen eine starke Geruchsbelästigung durch den Schlachthof. Tierabfälle werden im Freien gelagert, Tiertransporter ge-



reinigt und gewaschen und die Strohabfälle werden ebenfalls bis zum Abtransport im Freien gelagert. Laut Auskunft von BewohnerInnen ist die Geruchsbelästigung an Feiertagen und Wochenenden oftmals besonders arg. Die zuge-

ständige Vizebürgermeisterin und das Umweltamt wurden bereits im Jahr 2008 davon informiert. Leider ist es bis heute zu keiner für die AnrainerInnen akzeptablen Lösung gekommen.“

## Mittel gestrichen



Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer setzte sich für eine Fraueninitiative ein und ersuchte das Bundesministerium für Justiz, das Förderansuchen von TARA im Rahmen der Prozessbegleitung auch weiterhin zu bewilligen, um die qualitätsvolle Arbeit im Interesse der Opfer von sexualisierter Gewalt gewährleisten zu können. Ein Streichen der Subvention wäre das Ende dieser Einrichtung.

## RAT UND HILFE



**Wohnungsstadträtin  
Elke Kahr - KPÖ,  
Tel. 0316 / 872 20 60**

## Jänner 2010 Anträge und Initiativen der KPÖ

### Private Putztrupps an Schulen Ausgliederungspaket von Schwarz-Grün

An fünf Grazer Schulen wird bereits seit 1. Jänner 2010 von privaten Fremdfirmen geputzt. Schwarz-Grün holte den Beschluss über diese Privatisierung erst in der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner nach.

Begründet wurde diese Vorgehensweise mit dem bereits im Dezember beschlossenen Ausgliederungspaket „Haus Graz“, in dem beabsichtigt ist, Reinigungsarbeiten an Schulen an das Facility Management der GBG zu übertragen. Im Vorfeld wurden gezielt Dienstposten eingespart bzw. nicht nach besetzt. Daher kam es zu einem akuten Personalmangel im Reinigungsbereich.

An diesem konkreten Beispiel wird die zukünftige Personalpolitik der Stadt Graz augenscheinlich: Städtische Bedienstete werden eingespart und zu wesentlich

schlechteren Bedingungen wird Reinigungspersonal über Fremdfirmen tätig.

„Es gibt bereits Erfahrungen aus der Vergangenheit, z. B. im Bereich der Kindergärten, die das genannte Einsparungspotential von 10% widerlegt haben. Damals wurde die Fremdvergabe wieder rückgängig gemacht“, weiß Klubobfrau Ina Bergmann. „Dieses Beispiel zeigt, dass der Gemeinderat in seiner Kompetenz heute schon hintergangen wird. In Zukunft wird er keine diesbezügliche Mitsprache mehr haben, da solche Entscheidungen in der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft fallen werden.“

Stadträtin Elke Kahr: „Die KPÖ ist generell gegen Privatisierungen, vor allem die Schulen sind außerdem ein sehr sensibler Bereich.“

### Teuer parken beim LKH

Die Gebühren beim LKH-Parkhaus betragen 2,20 Euro pro Stunde. Wird die volle Stunde geringfügig überschritten, zahlt man bereits den Zwei-Stunden-Tarif von 4,10 Euro. Betreiber des Parkhauses mit 1.641 Parkplätzen ist das Klinikum.

KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch: „Hier muss eine Lösung im Interesse der Betroffenen gefunden werden.“ Die KPÖ setzt sich für eine Senkung der überhöhten Gebühren und eine zeitnahe Abrechnung ein.



### Gemeinderat gönnt sich 3 Monate Pause

Der Vorschlag von Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch, auch im Juli eine Gemeinderatssitzung abzuhalten, wurde mit den Stimmen der schwarz/grünen Rathauskoalition abgeschmettert.

Fazit: Auch heuer wird zwischen

Juni und September keine Gemeinderatssitzung stattfinden.

Mag. Andreas Fabisch: „Ich glaube, der Gemeinderat als höchstes politisches Organ der Stadt kann es sich nicht leisten, ein Vierteljahr lang zu pausieren.“

### Weitere Initiativen der KPÖ

GVB-Anzeigetafeln besser warten und reinigen (Manfred Eber)

Chip-Pflicht für Hunde - Hundebesitzer mit geringem Einkommen unterstützen (Andreas Fabisch)

Maßnahmen gegen Müll beim Schloss Lustbühel (Andreas Fabisch)

Fußgängerübergang im Kreuzungsbereich Herrgottwiesgasse /Auf der Tändelwiese/ Puchstraße (Ina Bergmann)

Fußgängerübergang im Bereich der Eythgasse an der Strassgangerstrasse (Ina Bergmann)

Zweispuriger Ausbau der Linie 1 zwischen den Stationen Hilmteich und Mariagrün (Andreas Fabisch)

Rad- und Gehweg „Zweierbosniakengasse“ - Lückenschluss Schloss St. Martin (Gerti Schloffer)



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: [www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

## Hummelkaserne: Wohnen ist wichtiger als Gewinnstreben

In Graz eine leistbare Wohnung zu finden, ist nicht einfach. Wohnungstadträtin Elke Kahr (KPÖ) weiß aus Erfahrung: „Immer mehr Menschen können sich die hohen Mieten auf dem privaten Wohnungssektor nicht mehr leisten.“ 5.200 Unterschriften Daher bemüht sich die KPÖ seit Jahren darum, dass die Stadt Graz das Areal der vom Bundesheer aufgelassenen Hummelkaserne erwerben und für die Bevölkerung nutzbar machen soll. Einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat gab es bereits 2006. Darüber hinaus unterstützten über 5.200 Grazerinnen und Grazer mit ihrer Unterschrift die Forderung der KPÖ nach Gemeindewohnungen auf Kasernengrund. Im Sommer 2009 meldete die Stadt Graz offiziell bei der bundesheerereigenen Immobiliengesellschaft SIVBEG das öffentliche Interesse am Areal der Hummelkaserne an. Doch die Generalprokuratur des Finanzministeriums sprach noch im Herbst des Vorjahres in einem Brief

der Stadt Graz das öffentliche Interesse an der Hummelkaserne ab. Stadträtin Rüscher gab auf Anfrage von KPÖ Gemeinderätin Gerti Schloffer bekannt, dass die Generalprokuratur ihr Nein mit „sachlich und fachlich falschen Aussagen“ begründet hat. Die Gemeinde braucht für die Landesförderung von Sozialwohnungen nämlich eigene Grundstücke.

Mit Briefen an Finanzminister Pröll und Staatssekretär Lopatka will die Stadt nun eine Meinungsänderung des Bundes erreichen. Elke Kahr: „Sozialer Wohnbau ist wichtiger als Gewinnstreben.“ Die durch den Kommod-Haus-Abbruch bekannt gewordene Immobilienfirma WEG-RAZ interessiert sich nämlich für das Areal der Grazer Hummelkaserne.



### Steinfeldfriedhof

Der Steinfeldfriedhof besteht seit 1787 und ist mit knapp 10.000 Grabstätten der drittgrößte Friedhof der Stadt Graz.

Die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist lediglich über die Buslinie 50 gegeben. Hier ist allerdings ein Fußweg bis zum Haupteingang des Friedhofs in Kauf zu nehmen, der v. a. für ältere und gehbehinderte Personen sehr beschwerlich ist.

Manfred Eber (KPÖ) trat im Gemeinderat dafür ein, dass eine Busanbindung auch über die Alte Poststraße erfolgt, etwa über eine alternative Streckenführung der Linie 31 oder 33 ein- bis zweimal täglich.



Aus dem Grazer Gemeinderat:  
Exklusive Information aus erster Hand!

**KPÖ**  
GRAZ  
[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)